

## **Antrag**

**der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Maria Böhmer, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Veronika Bellmann, Dr. Christoph Bergner, Antje Blumenthal, Helge Braun, Thomas Dörflinger, Vera Dominke, Maria Eichhorn, Ingrid Fischbach, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Markus Grübel, Helmut Heiderich, Siegfried Helias, Volker Kauder, Kristina Köhler (Wiesbaden), Michael Kretschmer, Karl-Josef Laumann, Werner Lensing, Walter Link (Diepholz), Dr. Martin Mayer (Siegersbrunn), Laurenz Meyer (Hamm), Michaela Noll, Rita Pawelski, Hannelore Roedel, Andreas Scheuer, Uwe Schummer, Marion Seib, Angelika Volquartz, Willi Zylajew und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Reformen in der beruflichen Bildung vorantreiben – Lehrstellenmangel bekämpfen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Im Zuge der konjunkturellen Schwäche und struktureller Fehlentwicklungen ist das gemeldete Ausbildungsstellenangebot in Deutschland dramatisch gesunken. Im Berufsberatungsjahr 2001/2002 lag die Zahl der unversorgten Bewerber Ende September 2002 bei 23 400 und Ende Dezember 2002 trotz Nachvermittlungsaktion der Bundesanstalt für Arbeit immer noch bei 12 400. Außerdem meldeten sich weitere 25 300 Bewerber für eine sofortige Ausbildung. 17 200 von ihnen waren am Jahresende noch nicht vermittelt. Insgesamt standen Ende Dezember 2002 8 900 offene Lehrstellen 29 500 noch nicht vermittelten Bewerbern gegenüber. Damit war das Lehrstellendefizit deutlich größer als im Dezember 2001.

Den Arbeitsämtern im Osten wurden Ende Dezember 2002 111 400 Ausbildungsstellen (–10 000 oder –8,2 %) gemeldet, darunter 70 000 betriebliche Ausbildungsstellen (–9 300 oder –11,7 %). Demgegenüber standen 205 300 Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Die Zahl der nicht vermittelten Bewerber ist im Osten stark auf 8 800 (+1 400 oder +19,6 %) angestiegen.

Der prozentual höhere Rückgang an Ausbildungsstellen im Westen hat die regionalen Diskrepanzen auf dem Ausbildungsmarkt im Osten weiter verschärft. In allen Arbeitsamtsbezirken Ostdeutschlands war Ende Dezember 2002 die Zahl der gemeldeten Stellen geringer als die Zahl der gemeldeten Bewerber. Auch in Berlin ist die Situation für die Jugendlichen schwieriger geworden.

Vor allem für Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben sich die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt weiter verschlechtert. Während sie unter den gemeldeten Bewerbern insgesamt mit 32,8 % (2001: 31,6 %) vertreten waren, lag ihr Anteil an den noch nicht vermittelten Bewerbern mit 39,6 % (2001: 37,5 %) deutlich höher als im Vorjahr (+2,1 %). Besonders ungünstig sieht es für ost-

deutsche Hauptschulabsolventen aus, deren Anteil an den Bewerbern 21,2 %, an den nicht vermittelten Bewerbern dagegen 34,9 % beträgt.

In den neuen Bundesländern ist die Mobilitätsbereitschaft nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Aus den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben 14 650 Jugendliche eine Berufsausbildung in den alten Bundesländern aufgenommen. Aufnehmende Regionen waren hier insbesondere Bayern mit 4 000 Einmündungen von Jugendlichen aus den neuen Ländern, Niedersachsen mit 3 200 und Baden-Württemberg mit 1 800.

Die Situation verschärft sich zunehmend. Für den Beginn des neuen Ausbildungsjahres im Herbst 2003 stehen mit Stand Ende Januar 2003 336 797 gemeldeten Ausbildungsplätzen 428 147 gemeldete Ausbildungssuchende gegenüber. Bundesweit verringerten sich die gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen stark um 52 940 oder um 13,6 %. Besonders gravierend ist die Situation in den neuen Ländern. Das Ausbildungsstellenangebot hat sich, von einer bereits niedrigen Basis ausgehend, nochmals deutlich verringert. Gegenüber dem Vorjahr wurde jede zehnte betriebliche Ausbildungsstelle nicht mehr gemeldet. 124 483 gemeldete Ausbildungssuchende stehen nur 41 663 Berufsausbildungsstellen gegenüber.

Hinter den dramatischen Zahlen verbergen sich viele persönliche Einzelschicksale. Wenn sich die Bundesregierung effektiver für zusätzliche Ausbildungsplätze eingesetzt hätte, brauchten sich jetzt nicht so viele junge Menschen – und mit ihnen ihre Familien – so große Sorgen um ihre Zukunft zu machen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diese Jugendlichen mit ihren Sorgen allein gelassen. Das Versprechen im Bündnis für Arbeit: „Alle Jugendlichen, die können und wollen, erhalten einen Ausbildungsplatz angeboten“, wurde gebrochen. Von der Ausbildungsplatzgarantie 2002 hat sich Bundeskanzler Gerhard Schröder sang- und klanglos verabschiedet.

Von ca. 711 000 Bewerbern um einen Ausbildungsplatz schafften am Ende des Berufsberatungsjahres 2001/2002 nur etwa 342 700 den Sprung in eine reguläre Ausbildung. Das sind 48,2 %. Über 50 % der Jugendlichen wurden, wie schon in den Jahren zuvor, in Ersatzmaßnahmen und unsinnigen Warteschleifen geparkt. Das JUMP-Programm der Bundesregierung hat sich auch im vergangenen Jahr nicht bewährt. Es zeigt deutlich: Staatlich finanzierte Maßnahmen sind nur eine Notlösung. Gebraucht werden, um nach der Ausbildung auch in Arbeit zu kommen, aber vor allem betriebliche Ausbildungsplätze.

Betriebe und öffentliche Arbeitgeber planen bei der Ausbildung vorsichtig, solange die Beschäftigung ihrer Mitarbeiter nicht sichergestellt ist. Man kann außerdem nicht erwarten, dass die Betriebe über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden, wenn sie an anderen Stellen zusätzlich belastet werden. Deshalb sind die von der Bundesregierung gerade den kleinen Unternehmen auferlegten Belastungen, von der Unternehmensbesteuerung, höheren Sozialabgaben bis hin zum neuen Betriebsverfassungsgesetz, nicht geeignet, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken. Die differenzierte regionale Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt ist stark von der wirtschaftlichen Erwartung der Unternehmen in der jeweiligen Region abhängig.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird in den kommenden Jahren zunächst deutlich steigen, im Westen stärker als im Osten. Der Höhepunkt wird in den Jahren 2004 bis 2005 erreicht und danach auf Grund der demografischen Entwicklung in den neuen Ländern ab 2005/2006 drastisch und in den alten Ländern ab dem Jahr 2009 moderat zurückgehen. Das Ausbildungsengagement der Unternehmen muss daher auf hohem Niveau gehalten und möglichst noch gesteigert werden, um die starken Jahrgänge der Schulabsolventen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und den Facharbeiternachwuchs langfristig zu si-

chern. Ab 2007 werden ausbildungswillige und -fähige Jugendliche zu einem knappen Gut. Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die nächsten Jahre muss daher zu einem entscheidenden Kriterium der Berufsbildungspolitik werden.

Die Modernisierung des Systems der beruflichen Ausbildung ist die Kernfrage für die Zukunft der dualen Berufsausbildung in Deutschland. Damit das System auch in unserer modernen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft attraktiv, bedarfsorientiert und international wettbewerbsfähig bleibt, müssen kontinuierliche strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Die Ausbildungsordnungen müssen konsequent weiterentwickelt werden; mehr Differenzierung und Flexibilisierung sind nötig, z. B. durch Einführung von Wahlpflicht- und Wahlfächern. Das gilt gleichermaßen für Inhalte, Methoden, Ausbildungsformen und Prüfungen.

Die Interessen und Begabungen der Jugendlichen müssen besser als bisher aufgegriffen werden; der sich schnell wandelnde Qualifikationsbedarf in unterschiedlichen Branchen und Unternehmen aller Größen muss zügiger aufgegriffen und gedeckt werden. Dies darf allerdings nicht zu Lasten der beruflichen Grundbildung gehen. Grundlegende Qualifikationen sind schließlich Voraussetzung dafür, im Berufsleben weitere Einsatz- und Verwendungsmöglichkeiten zu finden.

Berufsschulen und Betriebe klagen häufig über eine schlechte Vorbildung der Schulabgänger besonders in den Kernfächern Deutsch und Mathematik. Auch Leistungsbereitschaft und Motivation der Schüler lassen häufig zu wünschen übrig. Hier sind in erster Linie die allgemein bildenden Schulen gefordert, die Schüler für die anschließende Berufsausbildung besser zu qualifizieren, zu motivieren und für technische Berufe zu interessieren.

Insbesondere die Berufsschulen stehen vor großen Herausforderungen. Eingeengt durch Rahmenbedingungen, die aus innovationsärmeren Zeiten stammen, drohen die Berufsschulen bei der wachsenden Berufspalette und der immer komplexeren Ausbildung in den Betrieben den Anschluss zu verlieren. Die Ausstattung entspricht oft nicht dem Stand der Technik. Zudem besteht an den Berufsschulen schon jetzt ein akuter Lehrermangel.

II. Der Deutsche Bundestag bittet daher die Länder und fordert die Bundesregierung und die Tarifpartner auf:

1. In erster Linie haben Arbeitgeber und Gewerkschaften ihre Verantwortung für die Ausbildung in unserem Land wahrzunehmen. Die deutsche Wirtschaft muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Hierbei ist nicht nur die betriebliche, sondern auch gesellschaftliche Bedeutung der Berufsausbildung für die Zukunft Deutschlands zu berücksichtigen.
2. In den Tarifverträgen sollten mit vernünftigen Regelungen zur Ausbildungsvergütung die Voraussetzungen für mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden. Gleichzeitig sollten die Tarifpartner dort ausbildungsfördernde Neuregelungen auf den Weg bringen, wo tariflich festgeschriebene Übernahmeverpflichtungen dazu führen, dass Unternehmen vor der Einstellung von Auszubildenden zurückschrecken.

3. Bund, Länder und Gemeinden haben durch eine wachstumsorientierte Steuer- und Finanz- und Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ausreichend Ausbildungsplätze in den Betrieben entstehen können. Steuern und Sozialabgaben sind umfassend zu senken und mit dieser Entlastung ein größerer wirtschaftlicher Spielraum für neue Ausbildungsplätze in den Unternehmen zu schaffen. Anstelle der Förderung nach dem Gießkannenprinzip ist zudem eine zielgenaue Förderpolitik nötig, die Investitionsaktivitäten anregt und die Innovationspotenziale insbesondere der mittelständischen Wirtschaft stärkt.
4. Gelingt es den Tarifpartnern auf Grund der ökonomischen Situation in unserem Land trotz aller Anstrengungen nicht, so viele Ausbildungsplätze zu schaffen, dass jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche eine Lehrstelle finden kann, müssen alle politischen Ebenen ggf. durch überbetriebliche Ausbildungsangebote dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Die Chance, eine Lehrstelle in unserem Land zu finden, muss in unserem Land vorhanden sein.
5. Auf Grund der nachweislichen Erfolglosigkeit muss das staatlich finanzierte Sofortprogramm JUMP umgehend beendet werden. Die frei werdenden JUMP-Mitteln müssen zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um mindestens einen Prozentpunkt genutzt werden. Damit werden vor allem auch die personalintensiven Unternehmen, die zudem Ausbildungsplätze schaffen, finanziell entlastet.
6. Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft der Unternehmen müssen gefördert werden. Hierzu gehört auch eine Modernisierung der Ausbildereignungsverordnung. Zugleich müssen die Möglichkeiten, die sich auch kleinen und mittleren Betrieben immer zur Ausbildung bieten, voll genutzt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, inwieweit der Erwerb der Ausbildereignung in Kleinunternehmen bis zu fünf Mitarbeitern unterstützt werden kann.
7. Im Betriebe, die nicht oder noch nicht ausbilden, für die Ausbildung zu gewinnen, müssen die Informations- und Beratungsangebote verbessert werden. Eine weitere Verlängerung des Programms „Ausbildungsplatzentwickler“ sowie dessen Ausdehnung auch auf die alten Länder sollte geprüft werden.
8. Die Mobilität Lehrstellen suchender Jugendlicher im Osten muss bei fehlenden Alternativen weiterhin gefördert werden. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass es sowohl für ostdeutsche Jugendliche attraktiv ist, nach einer Ausbildung im Westen in die Heimat zurückzukehren als auch für junge Menschen aus den alten Ländern, nach einer Ausbildung neue berufliche Chancen verstärkt in Ostdeutschland zu ergreifen.
9. Bei ausländischen Jugendlichen sinkt zurzeit das Interesse an einer Berufsausbildung. Dies liegt zum großen Teil auch an deren sprachlichen Defiziten. Deshalb müssen dringend die Kenntnisse in der deutschen Sprache verbessert werden, indem Anreize gesetzt werden, Deutsch zu lernen und zu sprechen.
10. Die berufliche Bildung soll als Alternative zur gymnasialen und Hochschulbildung weiterentwickelt und wegen des Praxisbezuges vorwiegend im bewährten dualen System von schulischer und betrieblicher Ausbildung durchgeführt werden.

11. Die Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems muss dahin gehend verbessert werden, dass z. B. Meisterinnen und Meister mit besonderen Qualifikationen Zugang zum Hochschulstudium erhalten können.
12. Besonders Ausbildungsgänge mit hohem Zukunftspotenzial sind zu fördern, indem schnellstens ausstehende Ausbildungsrichtlinien erstellt werden, um dem Fachkräftemangel in vielen Branchen zu begegnen bzw. vorzubeugen. Die Lehrinhalte sind an die schnellen technologischen Veränderungen und die Internationalisierung der Wirtschaft anzupassen und so zu formulieren, dass dies ohne größere Änderung der Ausbildungsordnungen erfolgen kann.
13. Ausbildungspotenziale liegen noch in den neuen technischen, produktionsorientierten Dienstleistungen, z. B. in den Kaufleute- und Verwaltungsberufen sowie in den sozialen und pflegerischen Dienstleistungen.
14. Neben der Förderung so genannter High-Tech-Ausbildungsberufe heißt die Herausforderung, auch gewerblich-technische Berufe, wie sie z. B. im deutschen Handwerk vorhanden sind, für Auszubildende attraktiver zu gestalten und für diese Berufe gerade wegen ihres Beschäftigungspotenzials zu werben.
15. Es müssen endlich schlanke, Theorie geminderte Berufe für praktisch Begabte und Jugendliche ohne Schulabschluss eingeführt werden. Gerade für Jugendliche mit geringerer Leistungsfähigkeit ist es eine modular gestaltete Aus- und Weiterbildung, in der die Qualität ständig überprüft und gesichert wird und mit Teilabschlüssen zertifiziert wird, eine Chance um in Beschäftigung zu kommen. Auch hier ist auf Durchlässigkeitsmöglichkeiten zu achten. Nach dem Bausteinmodell sollen Grundqualifikationen erworben werden, die durch Wahlpflichtbausteine und Wahlbausteine ergänzt werden.
16. Generell muss die Ausbildungsdauer je nach Leistung des einzelnen Lehrlings weiter flexibilisiert werden – hierzu zählt auch die Frage des Blockunterrichts. Das bewährte Prinzip „Lernen und Arbeiten“, ein Kennzeichen des dualen Systems, ist noch umfassender als bisher an die aktuellen Bedingungen der Berufswelt anzupassen.
17. Wie vom Bundesinstitut für Berufsbildung vorgeschlagen, muss ein einheitlicher „Berufsbildungspass“ eingeführt werden.
18. Um jahrelange Blockaden wie z. B. bei den Ausbildungsberufen Industriekaufmann/-frau und Technischer Zeichner zu vermeiden, muss die Bundesregierung gegebenenfalls von der Möglichkeit Gebrauch machen, Ausbildungsordnungen ohne Konsens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erlassen. Dabei kommen vor allem Erprobungsverordnungen nach § 28 Abs. 3 und eine Stufenausbildung nach § 26 Berufsbildungsgesetz in Betracht.
19. Auch besonders begabte Jugendliche in der beruflichen Bildung verdienen eine gezielte Förderung, weil der Zugang zu höheren allgemeinen Bildungsabschlüssen anhält und die Nachfrage nach höherer Qualifikation zunimmt. Das seit 1991 bestehende Förderprogramm „Begabtenförderung in der beruflichen Bildung“ sollte deshalb ausgebaut werden.
20. Es wird immer wichtiger, dass möglichst viele Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren. So können sie am besten von den Chancen profitieren, die der europäische Binnenmarkt ihnen bietet. Fremdsprachenkenntnisse und Auslandserfahrungen erhöhen heute die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Fremdspracherwerb, die Vermittlung von praktischen Arbeitserfahrungen im Ausland und die Mobilität sollten daher besonders gefördert werden. Die einzelnen europäischen Qualifizierungs-

programme sind möglichst praxisnah zu gestalten; der Zugang zu den Förderangeboten muss vereinfacht werden. In den Ausbildungsverordnungen sollten einschlägige Auslandserfahrungen als Zusatzqualifikationen verstärkt angeboten werden.

21. Da die Existenzgründer von heute die Ausbilder von morgen sind, müssen in allen schulischen und beruflichen Bildungsgängen bereits frühzeitig die Bereitschaft und der Mut zur Selbständigkeit und Existenzgründung geweckt und durch ein umfangreiches Informationsangebot hinsichtlich der Einstiegshilfen („Meister-BAföG“, Gründungskapital) gefördert werden.
22. Qualität und Ausstattung der Berufsschulen müssen durch gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern verbessert werden. In allen Bundesländern müssen vergleichbare Standards eingeführt werden. Auch sollten die Interessen der Unternehmen in Hinblick auf die Berufsschulzeiten stärker Berücksichtigung finden.

Berlin, den 17. März 2003

**Katherina Reiche**  
**Thomas Rachel**  
**Dr. Maria Böhmer**  
**Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)**  
**Veronika Bellmann**  
**Dr. Christoph Bergner**  
**Antje Blumenthal**  
**Helge Braun**  
**Thomas Dörflinger**  
**Vera Dominke**  
**Maria Eichhorn**  
**Ingrid Fischbach**  
**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)**  
**Markus Grübel**  
**Helmut Heiderich**  
**Siegfried Helias**  
**Volker Kauder**

**Kristina Köhler (Wiesbaden)**  
**Michael Kretschmer**  
**Karl-Josef Laumann**  
**Werner Lensing**  
**Walter Link (Diepholz)**  
**Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)**  
**Laurenz Meyer (Hamm)**  
**Michaela Noll**  
**Rita Pawelski**  
**Hannelore Roedel**  
**Andreas Scheuer**  
**Uwe Schummer**  
**Marion Seib**  
**Angelika Volquartz**  
**Willi Zylajew**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**



